

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

35. Sitzung
28. Oktober 2020

Beginn: 10.34 Uhr
Schluss: 12.06 Uhr
Vorsitz: Florian Dörstelmann (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Stephan Lenz (CDU) fragt, wo der Senator sei.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) antwortet, der Senator werde heute vom Staatssekretär vertreten.

Stephan Lenz (CDU) bekräftigt, dass unbesehen von der fachlich guten Vertretung durch den Staatssekretär die Anwesenheit des Senators erwartet werde. Üblicherweise nehme Herr Geisel teil. Wo befinde er sich heute?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) entgegnet, das entziehe sich seiner Kenntnis, werde aber im Laufe der Sitzung in Erfahrung gebracht.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die
Besetzer der Liebigstraße 34**
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

[0083](#)
VerfSch

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0084](#)
Räumung der Liebigstraße 34 – Erkenntnisse des
Verfassungsschutzes über Reaktionen der
linksextremistischen Szene in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU) **VerfSch**

Ronald Gläser (AfD) erklärt mit Verweis auf die Zustände und Vorgänge in Städten wie Berlin, Hamburg und Leipzig, die linksradikale Szene sei in der Lage, ganze Stadtteile in Bürgerkriegszonen zu verwandeln. Vor diesem Hintergrund seien die Begleitumstände der Räumung der Liebigstraße 34 von besonderem Interesse. Wie groß sei die Gewaltbereitschaft? Was unternehme der Staat zur Kontrolle der betreffenden Gruppen? Welche Erkenntnisse lägen zu dem Kabelbrand vor? Seien weitere Taten im Vorfeld oder Nachgang der Räumung festzustellen? Habe der Verfassungsschutz Kenntnis von etwaigen Bekenner-schreiben? Treffe die Aussage des BfV-Präsidenten Haldenwang zu, wonach es einen Sinneswandel der linksradikalen Szene gebe, die nun nicht mehr davor zurückschrecke, schwere Gewalttaten zu begehen?

Stephan Lenz (CDU) begrüßt die Durchsetzung der Räumung, deren Folgen auf andere Bezirke wie Mitte und Pankow ausgestrahlt hätten. Welche Auswirkungen seien mit Blick auf die linke Szene zu beobachten? Sei mit weiteren Aktionen zu rechnen? – Ferner sei es von Interesse, inwieweit sich die Bereitschaft in der linksextremistischen Szene gesteigert habe, Gewalt gegen Personen anzuwenden.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) sagt, bevor Herr Fischer (SenInnDS) auf die teils sehr kleinteiligen Fragen antworten werde, wolle er darauf hinweisen, dass eine Vielzahl von ihnen thematisch in den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung gehörten.

Grundsätzlich sei vorauszuschicken, dass der Rechtsextremismus derzeit die größere Bedrohung darstelle. Der Senat unterscheide allerdings nicht einen besseren und einen schlechteren Extremismus. Insofern analysiere der Berliner Verfassungsschutz regelmäßig und mit Nachdruck die Entwicklung der linksextremistischen Szene. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder hätten im Sommer einen gemeinsamen Bericht vorgestellt, der unter maßgeblicher Mitwirkung des Berliner Verfassungsschutzes entstanden sei und sich mit der Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus befasse. In Berlin wie in anderen Regionen Deutschlands radikalisiere sich demnach ein Teil der Szene zunehmend. Die Zahl gewaltorientierter Autonomer in Berlin habe sich seit 2001 zwar halbiert, wohingegen die Zahl linksmotivierter Gewalttaten im selben Zeitraum angestiegen sei. Anders ausgedrückt verübe ein kleiner, aber gefestigter Kern der linksextremistischen Szene mehr Gewalttaten. Dabei werde ein hoher materieller Schaden in Kauf genommen oder sogar angestrebt. Linksextremistische Angriffe richteten sich nicht mehr nur gegen Institutionen, sondern zunehmend auch gegen Personen. Zu beobachten seien eine stetig sinkende Hemmschwelle und die Bereitschaft, schwerste Gewalttaten gegen Personen zu begehen. Damit einher gehe eine zunehmende Verrohung der Sprache.

Diese Entwicklung habe sich in einem schleichenden Prozess während der vergangenen zehn Jahre vollzogen. Die überregionale Vernetzung der Szeneangehörigen spiele eine wichtige Rolle. Dies erfordere den engen und regelmäßigen Austausch zwischen den Sicherheitsbehörden. Berlin beteilige sich am in dieser Hinsicht zentralen GETZ in Köln. Überhaupt habe der

Berliner Senat den Linksextremismus im Blick. Eine Toleranz für politischen Extremismus gebe es nicht.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) bemerkt zu TOP 1 a, den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge habe in den vergangenen Jahren ein breites Spektrum an Personen in der Liebig34 gelebt und gearbeitet. Die Zusammensetzung der Bewohnerschaft habe sich aber immer wieder geändert. Nach Angaben des „anarcha-queer-feministischen“ Kollektivs – so die Selbstbezeichnung – hätten die Erstbesitzerinnen nicht mehr in dem Haus gewohnt. An ihre Stelle seien unter anderem Personen getreten, die der militanten Anarchoszene in Berlin zuzurechnen seien. Das beziehe sich insbesondere auf den aus 20 bis 30 Personen bestehenden Kern des Liebig34-Kollektivs. Selbiges habe sich gemeinsam mit der Rigaer94 als Mittelpunkt der autonomen Anarchoszene in Berlin verstanden.

Über die tatsächliche Zahl der Bewohnerinnen unmittelbar vor der Räumung lägen dem Verfassungsschutz keine Erkenntnisse vor. Allerdings sei davon auszugehen, dass ein Teil der Bewohnerinnen das Haus bereits im Vorfeld der Räumung verlassen habe. Zurückgeblieben sein dürften Personen, die bereit gewesen seien, die Auseinandersetzungen im Kontext der Räumung durchzustehen. Überdies dürften im Vorfeld der Räumung weitere Personen hinzugekommen sein, die bereit gewesen seien, zumindest symbolisch Widerstand zu leisten und Solidarität zu zeigen. Insofern müsse von einem nochmaligen, zumindest partiellen Bewohnerinnenaustausch vor der Räumung ausgegangen werden. Bei der Räumung selbst seien dann 57 Personen aus dem Haus geleitet worden, von denen nur ein Teil ursprünglich im Objekt gelebt haben dürfte.

Kurt Wansner (CDU) bemängelt, dass der Staatssekretär seine Ausführungen zu einem Thema aus dem linksextremistischen Bereich mit einer Bemerkung über den Rechtsextremismus eingeleitet habe. Dies ergebe sich aus den Zwängen der Koalition, an der die Linkspartei beteiligt sei.

Die Liebigstraße in Verbindung mit der Rigaer Straße sei seit Jahrzehnten ein schwerstkrimineller Ort. Linke Gewalttäter hätten massive Angriffe auf Polizeibeamte durchgeführt. In dem Haus Rigaer Straße 94 wohnten ebenso Rechtsbrecher; dort werde zudem gegen Brandschutzbestimmungen verstoßen. Sowohl die Liebig34 als auch die Rigaer94 hätten im Abgeordnetenhaus politische Unterstützer. Wie weit reiche diese Unterstützung? Welche Kreise seien dort aktiv? – Mit von links ausgehender Gewalt müsste sich der Staatssekretär einmal intensiver beschäftigen. Die CDU-Fraktion erwarte mehr Fachkenntnis vom Verfassungsschutz. Er rate dazu, sich nicht von der linken Gewalt treiben zu lassen.

Ronald Gläser (AfD) fragt, ob dem Verfassungsschutz die Namen insbesondere der im Zusammenhang mit der Räumung der Liebigstraße 34 festgenommenen Personen bekannt seien. Sei ein Abgleich dieser Namen mit den sonstigen Informationen des Verfassungsschutzes erfolgt? Wie viele dieser Personen gehörten Gruppen an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgten?

Habe es abgesehen von dem Kabelbrand weitere Anschläge sowie weitere Bekenner schreiben gegeben?

Welche Gruppen hätten zu den gewaltbereiten Demonstrationen nach der Räumung aufgerufen?

Alexander Wieberneit (FDP) kritisiert die in Medien und Teilen der Koalition vorgenommene Bezeichnung der Liebig34 als Wohnprojekt. Vielmehr seien Verwahrlosung und Zerstörung festzustellen gewesen. Sei über die Jahre das Meldegesetz ausgesetzt gewesen, oder seien Anstrengungen unternommen worden, um herauszufinden, wer dort wohne?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) äußert mit Bezug auf die Ausführungen des Abg. Wansner (CDU), er – Redner – habe linke Gewalt mitnichten verharmlost. Das Problem sei stets, dass der genannte Abgeordnete nicht zuhöre.

Der Senat habe in Hinblick auf die Liebigstraße 34 entschlossen gehandelt. – Die baurechtliche Situation in der Rigaer Straße 94 bestehe nicht erst seit dem Antritt des amtierenden Innensenators. Senator Geisel (SenInnDS) sei der Erste, der sich das Haus unter dem Blickwinkel der Baunutzungsverordnung und der Bauordnung angeschaut habe. Das bezirksaufsichtliche Verfahren laufe. Er hoffe zudem auf die Einsicht des Bezirks, um letztlich baurechtliche Maßnahmen zu vollstrecken.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) stellt klar, dass es sich bei der Liebig34 um ein heterogenes Phänomen handle. Insofern hätten nicht alle Bewohnerinnen der linksextremistischen Szene angehört. Folglich habe der Verfassungsschutz nicht alle dort lebenden Personen kennen können. Insgesamt habe die Abteilung II nicht die Hälfte der Leute der linksextremistischen Szene zuordnen können.

Niklas Schrader (LINKE) erkundigt sich, inwieweit der Senat zwischen der ehemaligen Bewohnerschaft und einer unterstützenden linksmilitanten Szene differenzieren könne. Unterscheide sich deren Mobilisierung von Mobilisierungen zu anderen Zeitpunkten? – Seinem Eindruck zufolge mobilisiere im Vorfeld von solchen Ereignissen wie Räumungen stets ein ähnlicher Personenkreis, der sich dann mit einer viel größeren Zahl von Demonstranten mische, die ihren Unmut auf friedliche Weise kundtäten. Das treffe auch auf die Liebig34 zu.

Zu dem Anschlag auf die S-Bahn habe die Linkspartei klar gesagt, dass so etwas nicht gehe. Auch in der Sache seien solche Aktionen nicht produktiv, da sie die Solidarität für bedrohte Projekte schwächten.

Ronald Gläser (AfD) bittet darum, die Namen von Gruppen, denen die Personen aus der Liebig34, die Festgenommenen und die Anmelder der Demonstration am Abend der Räumung zuzuordnen seien, zu nennen. Oder handle es sich um Linksextremisten, die keiner speziellen Gruppe angehörten?

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) entgegnet, im anarchoautonomen Spektrum mit seiner gering ausgeprägten Organisiertheit verhalte es sich schwierig mit Gruppen. Eine Gruppe sei der extremistische Kern der Liebig34, der aus anderen Richtungen, etwa der Rigaer 94, befeuert werde. Den betreffenden Personen gehe es darum, herrschaftsfrei zu agieren.

Die Liebig34 habe bundes- und sogar europaweit eine große Bedeutung für die linksextremistische Szene besessen. Dennoch seien auch Menschen ein- und ausgegangen, die Interesse an

dem ursprünglichen Projekt gezeigt hätten. Versuche des Verfassungsschutzes, beide Personenkreise auseinanderzudividieren, hätten sich in der Vergangenheit schwierig gestaltet. Der Verfassungsschutz betrachte, wer sich an welchen Aktionen beteilige. Das ergebe dann ein Gesamtbild, das bewertet werde. Demnach verfolgten bestimmte Personen extremistische Ziele, während andere dies weniger oder gar nicht täten. Insofern sei eine Einzelfallbetrachtung vonnöten. Personennamen nenne der Verfassungsschutz üblicherweise nicht.

Alexander Wieberneit (FDP) erinnert an seine Frage, ob das Meldegesetz in der Liebigstraße 34 ausgesetzt worden sei.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) antwortet, das sei nicht der Fall.

Kurt Wansner (CDU) weist darauf hin, dass der Leiter des Verfassungsschutzes seine Frage nach den Unterstützerkreisen der linken Szene innerhalb der Politik nicht beantwortet habe. Das Magazin „Kontraste“ scheine eher als der Berliner Verfassungsschutz zu wissen, welche Kreise dies betreffe.

Er versichere dem Staatssekretär, dass er dessen Ausführungen aufmerksam verfolge. – Die bei SenInnDS angesiedelte Bezirksaufsicht sei in der Amtszeit des jetzigen Senators über die Verstöße gegen den Brandschutz in der Rigaer Straße 94 informiert worden. Für den Fall eines Brandes in der Rigaer Straße stelle sich die Frage der Verantwortung des Senats angesichts von dessen Untätigkeit in den letzten Wochen und Monaten.

Benedikt Lux (GRÜNE) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Räumung der Liebigstraße 14 im Jahr 2011, die mit viel mehr Konfrontation einhergegangen sei. Die Art von Nachbetrachtungen der Liebig34-Räumung seitens der Opposition mit Fragen, die nicht in den Ausschuss für Verfassungsschutz gehörten, sei „albern bis kläglich“. Namen von Personen aus der Liebigstraße 34 zu erfragen, sei an Lächerlichkeit kaum zu überbieten.

Wie schätze der Senat die Neuorganisation der linksmilitanten, anarchoautonomen Szene nach dem Verlust der symbolträchtigen Liebig34 ein? Sei eine Neuorientierung auf andere Bezirke oder Stadtteile zu verzeichnen, oder betreffe sie vor allem die Rigaer94?

Ronald Gläser (AfD) verweist auf die im Twitteraccount der „RAF Berlin“ für das kommende Wochenende angekündigten internationalen Aktionstage in Berlin. In dem Aufruf spiele auch die Liebigstraße eine Rolle. Drohten aus dieser Ecke noch weitere Demonstrationen?

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS) kommt zunächst zurück auf die vor Eintritt in die Tagesordnung gestellte Frage des Abg. Lenz (CDU), wo der Senator sei. Seinen Erkundigungen zufolge habe der Senator Termine im Zusammenhang mit der Coronapandemie. In Kürze tage der Krisenstab von SenInnDS.

Zu den Bemerkungen des Abg. Wansner (CDU) sei darauf hinzuweisen, dass die Innenverwaltung nicht die Bauaufsichtsbehörde sei; die Zuständigkeit liege beim Bezirk.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) betont, dass die vom Abg. Wansner (CDU) insinuierten Parteien kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes darstellten. Außerdem könne die Abteilung II dort keine strukturierte Einflussnahme feststellen.

Die vom Abg. Lux (GRÜNE) ins Spiel gebrachte Neuorientierung der Szene bewege auch den Verfassungsschutz. Die Rigaer94 sei das Prestigeobjekt der linksextremistischen Szene in Berlin und wohl auch in Deutschland mit weitreichender Strahlkraft in den europäischen Raum hinein. Solange dieses Objekt bestehe, seien aus Sicht der Szene keine durchschlagenden Gründe vorhanden, sich fundamental neu zu organisieren. Andererseits habe die Räumung der Liebig34 große Unruhe und Betroffenheit innerhalb der Szene hervorgerufen, was auch noch eine Weile nachwirken werde.

Auf die vom Abg. Gläser (AfD) angesprochene „Interkiezionale“ werde er unter TOP 2 näher eingehen.

Stephan Lenz (CDU) fragt nach, ob der Abteilungsleiter wie angekündigt noch etwas zu TOP 1 b sagen werde.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) entgegnet, das werde er tun, wenn der Tagesordnungspunkt aufgerufen werde.

Vorsitzender Florian Dörstelmann stellt klar, dass die Tagesordnungspunkte 1 a und b zur gemeinsamen Erörterung aufgerufen worden seien.

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) berichtet von der geschlossenen Solidarisierung der linksextremistischen Szene Berlins in Hinblick auf die Räumung der Liebig34. In entsprechenden Veröffentlichungen sei ein Sachschaden in Höhe von 34 Millionen Euro angekündigt worden. Es existierten diverse Selbstbeichtigungsschreiben, in denen zahlreiche Straftaten in diesen Zusammenhang gestellt worden seien. Bei diesen Resonanzstraftaten handele es sich vor allem um Sachbeschädigungen zum Nachteil von Parteien und Immobilienbüros. Ferner seien Fahrzeuge beschädigt oder in Brand gesetzt worden.

Zu den gravierendsten Vorkommnissen: Am 5. Oktober 2020 hätten Unbekannte am Bahnhof Frankfurter Allee in einem Kabelstrang Feuer gelegt. In der Folge sei es zu erheblichen Einschränkungen des ÖPNV gekommen. Eine bisher nicht bekannte „Feministisch-Revolutionär-Anarchistische Zelle“ habe sich der Tat bezichtigt. Zwei Tage später sei eine Liegenschaft der Polizei in Lichtenberg mit Farbbeuteln und Steinen beworfen worden, nachdem die Täter die Tür zuvor mit Bügelschlössern verriegelt gehabt hätten. Außerdem hätten sie ein vor dem Haus geparktes Polizeifahrzeug beschädigt. Ebenfalls am 7. Oktober sei die Eingangstür des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg in Brand gesetzt worden. Am Tag der Räumung, dem 9. Oktober, sei am Bersarinplatz in Friedrichshain eine unbekannte Flüssigkeit – vermutlich Seifenlauge – auf die Fahrbahn gegossen worden. Das verdeutliche einmal mehr, wie bei solchen Aktionen die Gefährdung der Gesundheit völlig Unbeteiligter zumindest billigend in Kauf genommen werde.

Am 10. Oktober habe eine Personengruppe in den Schweizer Gärten in Pankow verschiedene, teils hochwertige Fahrzeuge mit Baseballschlägern beschädigt. Genau eine Woche später sei in Lichtenberg ein hochwertiges Fahrzeug in Brand gesetzt worden. Bislang ungeklärt sei, ob der Brand am Haus in der Liebigstraße 34 am 21. Oktober ebenso als Resonanzstraftat zu werten sei. Obwohl es bislang an einer Selbstbeichtigung fehle, sei dies wahrscheinlich. Die

Ermittlungen der Polizei wegen schwerer Brandstiftung und versuchten Totschlags – zum Tatzeitpunkt hätten sich wohl mehrere Personen im Gebäude aufgehalten – dauerten an.

Zusätzlich zu den Resonanztaten in Berlin sei es zu Solidaritätsbekundungen und Straftaten im gesamten Bundesgebiet gekommen, die in einen Kontext zur Räumung der Liebig34 gestellt worden seien. In Bochum, Freiberg, Bremen und sogar im österreichischen Salzburg habe es Scheinbesetzungen gegeben. In Städten wie Wuppertal, Lübeck, Köln, Tübingen und Stuttgart seien Sachbeschädigungen zu verzeichnen gewesen. Auch griechische Linksextremisten hätten ihre Solidarität mit dem geräumten Szeneobjekt bekundet.

Das Szenario rund um die Räumung der Liebig34 sei bisher weitgehend deckungsgleich mit der Situation im Nachgang zur Räumung des Szeneobjekts Liebig14 im Jahr 2011. Die vorläufige Bilanz der aktuellen Räumung besage trotz der zahlreichen Straftaten und Solidaritätsbekundungen, dass die linksextremistische Szene hinter ihren eigenen Erwartungen zurückgeblieben sei. Das sceneintern zuvor geforderte Chaos und die unbeherrschbare Situation seien bislang ausgeblieben. Allerdings müsse davon ausgegangen werden, dass weitere Resonanzaktionen folgten.

Stephan Lenz (CDU) fragt, ob über die geschilderten Reaktionen hinaus in der Szene Überlegungen struktureller Art angestellt würden, um eine Gegenreaktion zu verwirklichen. Was täten die betreffenden Personenkreise, um ihren Bedeutungsverlust zu kompensieren?

Kurt Wansner (CDU) interessiert, ob der Leiter der Abteilung II den Staatssekretär ebenso wie jetzt die Abgeordneten informiert habe – zumal Herr Akmann (SenInnDS) in seinem Eingangsstatement die linke Gewalt als gering dargestellt habe.

Zudem erinnere er an seine Frage nach den die Objekte in der Liebig- und Rigaer Straße durch Sympathiekundgebungen unterstützenden Parteien und Politiker. Zwar habe der Leiter des Verfassungsschutzes gesagt, dass seine Behörde die von ihm – Redner – gemeinten Parteien nicht beobachte, aber werde es nicht registriert, dass es in Berlin Parteien gebe, die der linken Gewalt positiv gegenüberständen?

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) antwortet auf die Frage des Abg. Lenz (CDU), derzeit sei es noch zu früh, um abschließend zu sagen, in welche Richtung sich die Lage entwickle. Teile der Szene hätten sich aber in einer Art Schockzustand darüber befunden, dass tatsächlich geräumt worden und damit ein Symbolobjekt weggefallen sei. Der Erfahrung nach zu urteilen, schließe sich daran, den Mechanismen besonders der anarchoautonomen Szene entsprechend, ein längerer Diskussionsprozess an. Dabei lägen mehrere Optionen auf dem Tisch.

Die Frage, wie und wann er den Staatssekretär zu welchen Themen unterrichte, unterliege dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. Daher nehme er hierzu keine Stellung. – Im Übrigen registriere der Verfassungsschutz grundsätzlich nicht, was Politiker in Ausübung ihres Mandats täten. Das Parteienprivileg werde respektiert. Der Verfassungsschutz halte sich hinsichtlich seiner Beobachtungstätigkeit an Recht und Gesetz.

June Tomiak (GRÜNE) moniert, dass der Abg. Wansner (CDU) immer nur um den heißen Brei herumrede und der Regierungskoalition Dinge unterstelle. Das erinnere an ein „Kasperletheater“. Sie fordere ihn auf, konkret zu werden.

Vorsitzender Florian Dörstelmann ruft in Erinnerung, dass die Ausschusssitzung nicht in ein „Abgeordnete fragen Abgeordnete“ münden solle.

Stephan Lenz (CDU) spricht sich ebenfalls gegen ein „Abgeordnete fragen Abgeordnete“ aus. – Nach der Abarbeitung der Fachfragen wolle er sich einer politischen Erörterung zuwenden. Der Staatssekretär habe in Vertretung des Senators mit der Aussage, die Probleme seien eher auf der rechtsextremistischen Seite zu verorten, ebenso politisch begonnen. Das sei ein ungewöhnlicher Einstieg in die Debatte um ein linksextremistisches Thema; insofern habe der Abg. Wansner (CDU) recht. Das Personenpotenzial im Linksextremismus sei in Berlin doppelt so groß wie dasjenige im Rechtsextremismus.

Die Räumung der Liebigstraße 34 stelle einen großen Erfolg des Innensensors dar. Er erkenne an, dass der Senat entschlossen gehandelt habe. Geltendes Recht sei ohne Wenn und Aber durchgesetzt worden. In diesem Zusammenhang verweise er auf die Äußerungen der designierten Co-Landesvorsitzenden der SPD, die eine klare und deutliche Sprache gegenüber dem Linksextremismus angemahnt habe. Diese Position teilten Linke und Grüne aber nicht ausnahmslos. Seiner Wahrnehmung zufolge hätten die letztgenannten Parteien die Räumung der Liebig34 kritisch gesehen. Wenn das nicht stimme, dann mögen die Abgeordneten – etwa die anwesende Co-Fraktionsvorsitzende der Linken – das klarstellen.

Niklas Schrader (LINKE) macht darauf aufmerksam, dass der Abg. Lenz (CDU) zunächst ein „Abgeordnete fragen Abgeordnete“ zurückgewiesen, am Ende seines Wortbeitrags aber Abgeordnete zur Stellungnahme aufgefordert habe.

Der Abg. Wansner (CDU) habe formuliert, dass einzelne Politiker von Regierungsparteien Gewalt unterstützten. Auf die Aufforderung, das zu konkretisieren, habe der Abg. Lenz (CDU) gesagt, die Linkspartei habe sich kritisch zur Räumung geäußert. – Das seien aber zwei verschiedene Dinge. An konkreten Aussagen zu dem Vorwurf, Politiker hätten Gewalt unterstützt, mangle es. Wolle der Abg. Lenz (CDU) das so im Raum stehenlassen? – Dass ein Vertreter der CDU-Fraktion regelmäßig mit Dreck schmeiße, wolle er nicht weiter hinnehmen. Jedes Mal werde dasselbe Spiel gespielt. Wenn solche Vorwürfe kämen, versuche der Abg. Lenz (CDU) mittels langatmiger Umschweifungen, das geradezubiegen, was aber nicht funktioniere. Der Abg. Wansner (CDU) sei „irgendwie ein ganz lustiger Onkel“.

Vorsitzender Florian Dörstelmann bittet um Beachtung der parlamentarischen Gepflogenheiten.

Niklas Schrader (LINKE) richtet die Frage an den Abg. Lenz (CDU), ob das Verhalten von dessen Fraktionskollegen nicht seiner eigenen Reputation schade und die Diskussion einen anderen Verlauf nehmen lasse als ursprünglich gewünscht.

Die Linke habe sich nicht kritisch zur Umsetzung des Urteils geäußert, sondern zur Art und Weise und zum Zeitpunkt der Amtshilfe. Er empfehle, das entsprechende Statement des Landesverbandes der Linkspartei nachzulesen. Die Vorwürfe des Abg. Wansner (CDU) entbehren jeder Grundlage.

Vorsitzender Florian Dörstelmann kündigt die coronabedingte Lüftungspause an.

[Unterbrechung der Sitzung von 11.32 bis 11.47 Uhr]

Stephan Lenz (CDU) legt Nachdruck darauf, dass es ihm nicht darum gehe, der Linkspartei oder den Grünen zu unterstellen, sie rechtfertigten Gewalt. Allerdings wolle er klären, wie die beiden angesprochenen Parteien es mit der Durchsetzung geltenden Rechts und mit Rechtsbrüchen abseits der Begehung von Gewalt hielten. Er habe es so verstanden, dass sich die Kritik nicht auf Einsatzdetails beschränkt, sondern sich auf die Räumung an sich bezogen habe. – Wenn das tatsächlich ein Missverständnis sei, rege er eine Klarstellung an.

Kurt Wansner (CDU) bittet den Vorsitzenden darum, persönliche Angriffe der Linken gegen ihn nicht zu kommentieren; Vertreter der Linkspartei könnten ihn nicht beleidigen.

Im Unterschied zu manch anderen Parteien distanzieren sich die CDU von rechter wie linker Gewalt. Er nehme zur Kenntnis, dass der Verfassungsschutz nicht beobachtet, welche Kontakte es zwischen der gewaltbereiten linken Szene und einigen Parteien gebe.

In einem Beschluss der BVV Friedrichshain-Kreuzberg sei davon die Rede, dass die Liebig34 nicht irgendein Haus sei. Weiter werde dort formuliert:

Ein solches über viele Jahre gewachsenes ... Hausprojekt lasse sich nicht einfach verpflanzen. Der Verlust für unseren Bezirk wäre nicht zu ersetzen. Sie sind Teil unserer Identität ...

Demnach gebe es eine Solidarität zwischen Bezirkspolitikern und den Protagonisten der Liebig34. Besonders verwerflich sei die Weigerung des Bezirks, auf den Vorschlag des Hauseigentümers einzugehen, gemeinsam eine Lösung für das Projekt Liebigstraße zu finden und es eventuell einem sozialen Zweck zuzuführen. – Es sei in der Tat wünschenswert, von den betreffenden Regierungsfraktionen zu hören, ob sie die Räumung verurteilten oder sich von ihr distanzieren.

Vorsitzender Florian Dörstelmann erinnert daran, dass er als Ausschussvorsitzender gehalten sei, die Beachtung der parlamentarischen Gepflogenheiten insgesamt sicherzustellen. Daher werde er in derartigen Fällen auch künftig intervenieren.

Ronald Gläser (AfD) nimmt Bezug auf die Frage der Abg. Tomiak (GRÜNE) nach konkreten Namen von Personen, die sich öffentlich positiv zu der Szene geäußert hätten. – Der Zeitung entnehme er, dass ein Bezirksstadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg den Brandschutz nicht ernst nehme und insofern rechtsstaatliche Regeln missachte. Außerdem habe er vor längerer Zeit von der Bezirksbürgermeisterin gelesen, die sich geweigert habe, die Räumung am Oranienplatz durchzuführen. Im TV-Magazin „Kontraste“ sei die Grünenpolitikerin Bayram von einem Polizisten bezichtigt worden, dass sie bei linksradikalen Demonstrationen Polizisten an deren Arbeit zu hindern suche. Bei Twitter habe die Linkspartei geäußert, die Räumung solle wegen nicht zu gewährleistender Hygieneregeln unterbleiben. – Das sei haarsträubend. Insgesamt werde deutlich, dass es eine Reihe von Sympathiebekundungen gebe. Außerdem seien den die Räumung umsetzenden Leuten Schwierigkeiten bereitet worden.

Kurt Wansner (CDU) kommt zurück auf die Resolution der BVV Friedrichshain-Kreuzberg, die unter maßgeblicher Mitwirkung der Linkspartei entstanden sei. Er erwarte dazu eine Äußerung der Fraktion im Ausschuss. Letztlich bedeute die Resolution eine deutliche Distanzierung von der Politik des Innensenators.

Vorsitzender Florian Dörstelmann weist darauf hin, es stehe den Ausschussmitgliedern frei, eine Erwartungshaltung zu formulieren; ein Anspruch auf Beantwortung lasse sich daraus nicht ableiten.

Stephan Lenz (CDU) möchte wissen, wie es Die Linke mit der erwähnten Resolution halte. Daraus könne man dann ableiten, wie sie es mit der Rechtsordnung und der Verfassung sowie mit extremistischen Positionen halte.

Kurt Wansner (CDU) fordert den Leiter des Verfassungsschutzes auf, über die ausgebliebene Stellungnahme durch Die Linke nachzudenken.

Vorsitzender Florian Dörstelmann erklärt die Besprechung zu TOP 1 a und b für abgeschlossen. Im Übrigen weise er darauf hin, dass gemäß Punkt 9 der Verfahrensregeln des Ausschusses der Senator in der Regel teilnehme – was hier auch so praktiziert werde –, in Ausnahmefällen aber vom Staatssekretär vertreten werde, was in dieser Sitzung der Fall sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Folgende Fragen wurden vorab schriftlich eingereicht:

1. „Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz zu den auf einem linksextremistischen Internetportal angekündigten ‚Aktionstagen‘ in Berlin vom 30. Oktober - 1. November 2020?“
2. „Welche Erkenntnisse hat der Verfassungsschutz zu den am 16. September 2020 in Berlin erfolgten Durchsuchungen gegen fünf Linksextremisten, die der Gründung einer kriminellen Vereinigung verdächtigt werden?“
(beide auf Antrag der Fraktion der CDU)

Michael Fischer (SenInnDS, Abt. II) trägt vor, der in der ersten Frage erwähnte Aufruf zu Aktions- und Diskussionstagen mit dem Motto „United we fight“ sei unter dem Label „Interkiezionale“ veröffentlicht worden. Dass der Aufruf in mehreren Sprachen verbreitet worden sei, deute darauf hin, dass eine überregionale Mobilisierung angestrebt werde. Unter dem Label „Interkiezionale“ hätten in der Vergangenheit stets auch linksextremistische Gruppierungen zur Teilnahme an Protesten mobilisiert. So sei im März 2019 ein Sternmarsch zum Erhalt bedrohter Projekte beworben worden, der dann störungsfrei verlaufen sei. Ein Aufzug mit rund 2 500 Teilnehmern im August 2020 unter dem Motto „Raus aus der Defensive“ habe jedoch wegen gewalttätiger Ausschreitungen vorzeitig beendet werden müssen. Polizeikräfte seien massiven Angriffen verummter Demonstranten ausgesetzt gewesen. Ein Ziel der „Interkiezionale“ habe in der Vergangenheit darin bestanden, ein möglichst breites Protestspektrum zu aktivieren – auch über die linksextremistische Szene hinaus.

Die nun angekündigten Aktionstage seien vor dem Hintergrund bereits durchgeführter oder noch ausstehender Räumungen von Szeneobjekten zu bewerten. Eine zentrale Rolle spiele die Erinnerung an die Räumung der Liebig34. Im Aufruf sei Folgendes zu lesen:

Wir betrachten diese Demonstration als eine Gelegenheit, zusammen zu kommen [sic!], um einen Bruch in ihren Plänen und viele Momente wütender, dynamischer und militanter Erfahrungen zu schaffen, in denen wir die defensive Rolle aufgeben und uns stattdessen als aktive und offensive Bewegung die Straße nehmen.

Als Höhepunkt der Aktionstage sei eine Demonstration am 31. Oktober geplant, die um 19 Uhr am Helsingforser Platz in Friedrichshain beginnen solle. Der angemeldete Protestzug werde sodann die Rigaer Straße 94 und die geräumte Liebigstraße 34 passieren. Weitere Planungen zum Ablauf der Aktionstage seien bislang nicht bekannt. Die „Interkiezionale“ habe die Proteste während und nach der Räumung der Liebig34 ausdrücklich als Erfolg gewertet. Daher sei davon auszugehen, dass es im Rahmen der Aktionstage abermals zu aggressiven und polizeifeindlichen Protesten kommen werde.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung der besonderen Vorkommnisse ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.